



## Diskutieren Sie mit, auch wenn Sie nicht gedient haben!

**Nicolas Fescharek**  
Politikwissenschaftler und  
Programm-Manager bei der  
Deutschen Atlantischen Gesellschaft

Auf der diesjährigen NATO Talk Konferenz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft rief Staatsminister Tobias Lindner (B'90 Die Grünen) der hohen Zahl junger sicherheitspolitisch interessierter Menschen im Saal zu: „Diskutieren Sie mit, auch wenn Sie nicht gedient haben!“ Auch mit einer „Zivilisten-Karriere“ könne man in die Themen der Sicherheitspolitik „refinden“. Und dies sei auch „notwendig, wenn wir nicht wollen, dass unserer Streitkräfte eine abgekapselte Entität in unserer Gesellschaft sind, sondern wirklich Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform...“ Zivilisten wie er seien den Streitkräften also „zumutbar“ und das gelte insbesondere für junge Menschen, die sich vielleicht zierten, sich auf das weite Feld der Sicherheitspolitik zu begeben.

Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kam der ehemalige deutsche Botschafter in Washington, Dr. Klaus Scharioth, am Ende des NATO Talks: Er interessiere sich für Außen- und Sicherheitspolitik nicht weil, sondern obwohl er gedient habe: „Ich war 18 Monate bei der Bundeswehr und ich kann ihnen sagen, es waren nicht meine glücklichsten 18 Monate. Und ich habe mich trotzdem dafür interessiert. Ich finde die Tatsache, dass man gedient hat oder nicht gedient hat sollte überhaupt eine Rolle spielen.“

Genau darum geht es: Dass nun immer mehr Menschen in diesem Land sich trauen, die Komfortzone zu verlassen und mitzudiskutieren. Es geht nicht darum, dass nun alle zur Bundeswehr gehen, schießen lernen oder Auslandseinsätze gut finden sollen, sondern darum, dass die sicherheitspolitische Diskussion die Debattenbeiträge aller Kräfte und Generationen des Landes benötigt. Mit der von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen Zeitenwende ist bereits zu beobachten, dass sich immer mehr junge Menschen das Thema „SiPo“ zu eigen machen – und das auch bei politisch linksstehenden Kräften. Auch wenn beispielsweise in der SPD oder bei den Grünen teils kontrovers über Verhandlungsangebote diskutiert wird, so ist doch klar erkennbar, dass Debatten über Sinn und Zweck einer nationalen Streitkraft ein ganzes Stück realistischer geführt werden als noch vor einem Jahr. Es kann der Demokratie nur guttun, wenn sich alle Kräfte des politischen Spektrums klar dazu bekennen, dass die europäische Sicherheitsordnung auch wetterfest gemacht werden muss. Und das dürfen und müssen auch solche Menschen (wie der Autor) sagen, die nicht bei der Bundeswehr waren, sondern Zivildienst geleistet haben.

Darüber hinaus macht es Streitkräfte zu einem besseren Integrationsmotor, wenn sie die gesamte Bandbreite der Gesellschaft und alle in ihr vorkommenden Lebensentwürfe und Einstellungen abbilden – dies ist auch ein Garant dafür, dass die Bundeswehr keine elitäre Truppe ist und die volle Akzeptanz und den Respekt der gesamten Bevölkerung genießt, die sie vertritt. Wie Universitätsprofessor Carlo Masala es Anfang Oktober in der TAZ sagte: Armeen sind umso besser, „wie sie die Diversität ihrer Gesellschaften widerspiegeln, und zwar komplett, sei es sexuell, sei es religiös. Eine militärische Großorganisation wie die Bundeswehr sollte keine Armee der Spartaner sein, mit entsprechendem Elitebewusstsein. Wie soll die funktionieren, wenn sie den Staat und die Gesellschaft, die sie verteidigen, aus ihrer Eliteposition verachten?“

Zudem ist es auch in Bezug auf Themen wie extremistische Umtriebe oder überholte Geschlechterbilder in den Streitkräften essentiell, wenn ein kritisches und junges Publikum der Bundeswehr von außen auf die Finger schaut. Mit dem stillschweigenden Desinteresse der letzten Jahrzehnte jedenfalls ist es schwer, etwas gegen die Umtriebe der Ewiggestrigen zu tun, dies es natürlich auch in den deutschen Streitkräften gibt.

„Die Militärs sind die neuen Virologen“ hieß es nach dem russischen Überfall auf die Ukraine vielfach in den sozialen Medien.



Das mag sein, aber zur Immunität der Bevölkerung braucht Deutschland schon ein Bisschen mehr, als Experten, die sich zwar in ihrem Thema auskennen, sich aber schon alleine deswegen nur mit Ihregleichen unterhalten, weil niemand anderes zuhören will. Gesamtgesellschaftliche Resilienz kann nur erreicht werden, wenn Themen wie Verteidigung, Rüstung und europäische Sicherheitszusammenarbeit nicht tabuisiert werden – auch wenn es unangenehm ist. Eine Bundeswehr, die beispielsweise offen am Christopher Street Day Präsenz zeigt, um für ein sicheres Deutschland für alle zu werben, kann für unser freiheitliches Deutschland nur ein Gewinn sein.

Hoffnung gibt ein Bericht der Grünen EP-Abgeordneten Viola von Cramon, die auf einer Buchvorstellung am 22. November im Deutschen Theater berichtete, wie wenig das pazifistische Erbe der Partei die Jungen Grünen dabei behindere, zu erkennen, dass die Ukraine mit Waffen unterstützt werden müsse. Die Jungen Grünen, so Viola von Cramon, interessierten sich vor allem für die Frage, wie wir eine „offene, tolerante, gender-gerechte, diskriminierungsfreie und progressive Gesellschaft schaffen, die gleichzeitig die Mammut-Aufgabe des Klimawandels bewältigt“. Dass eine solche Gesellschaft mit Putin nicht zu machen ist, sei den Jungen Grünen vollkommen klar und dass die westlichen Demokratien zum Erreichen dieser beiden Ziele handlungsfähig sein müssen und daher auch einen Sieg Putins gegebenenfalls mit Waffen verhindern müssen, ebenfalls.

Solche Aussagen machen Mut: Junge Menschen sind ein essentielles Element in der Ausgestaltung der „Zeitenwende“, die Deutschland in den nächsten Jahren bevorsteht und wenn gerade sie unserem Land dabei helfen können, ein aktuelleres Bild der Realität zu bekommen und selbstgefällige Trugbilder der Vergangenheit zu entstauben, dann ist das sehr willkommen. Denn es ist klar: Noch immer wird der Klimawandel viel zu wenig in der deutschen Debatte über Sicherheitspolitik diskutiert, noch immer hantieren viele mit einem zu einseitigen Fokus auf militärische Mittel, und noch immer werden Probleme der globalen Ungleichverteilung einfach als „normal“ hingenommen. Ändern wird sich daran aber nur etwas, wenn junge Menschen Impulse setzen und mitdiskutieren.